

## **Demokratie verteidigen – LandFrauen für Meldepflicht und strafrechtliche Verfolgung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität**

Morddrohungen, volksverhetzende Äußerungen, üble Nachrede und Verleumdung, Beleidigungen, Bedrohungen, Einschüchterungen, Vergewaltigungsandrohungen nehmen zu, insbesondere im Internet und in den Sozialen Medien. Politikerinnen und Politiker, Polizisten, Feuerwehrleute, Rettungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Notaufnahmen und Notdiensten – Menschen, die an vorderster Stelle für andere tätig sind, sind besonders betroffen. Persönlichkeitsrechte von Menschen werden verletzt und das politische Klima der freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung wird vergiftet.

„Mit Sorge betrachten wir die zunehmende und laute Enthemmung in der Anonymität des Netzes. Straftäter haben aber kein Recht auf Anonymität. Wir fordern, die Sozialen Medien in die Pflicht zu nehmen. Es kann nicht angehen, dass deren Gewinne privat sind, aber Probleme sozialisiert werden“, so Präsidentin Marie-Luise Linckh.

Bis jetzt waren die Anbieter großer Netzwerke verpflichtet, diese Inhalte zu löschen. Das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität verpflichtet die Anbieter nun, zukünftig diese Inhalte zu melden, damit sie strafrechtlich verfolgt werden können. Beim Bundeskriminalamt wird dafür eine Zentralstelle eingerichtet. Richtet der Anbieter ein unzureichendes Meldesystem ein, kann dies sanktioniert werden. Um Tatverdächtige identifizieren zu können, werden Rechtsgrundlagen zur Auskunftserteilung von Anbietern gegenüber Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden geschaffen.

Der LandFrauenverband Württemberg-Baden sieht diese Maßnahmen als dringend notwendig an. „Unsere Demokratie ist nicht nur eine Regierungsform, sie ist vor allem auch eine Lebensform. Und sie hat nicht per se Bestand, sondern ist auf Menschen angewiesen, die um ihren Wert wissen und sich für ihre Erhaltung einsetzen“, so Präsidentin Marie-Luise Linckh.

Darüber hinaus fordert der Verband den Ausbau der Prävention und die verlässliche Finanzierung von demokratiefördernden Maßnahmen. Denn: Demokratie ohne Demokraten funktioniert nicht. Es ist ein hoher Wert, in einem intakten Rechtsstaat zu leben. Wer ein engagiertes Leben führt, wer sein Leben aktiv gestaltet, wer wie unsere Vereine zum Gelingen des Gemeinwesens beiträgt, wer Gemeinschaft initiiert und pflegt, leistet damit einen Beitrag zur Demokratieerhaltung. Im Alltag gibt es viele Gelegenheiten, Haltung zu zeigen und für die Grundwerte unserer Verfassung einzustehen.

„Achte auf deine Worte, denn sie werden deine Taten, achte auf deine Taten, denn sie werden dein Charakter“ – diese altbekannten Worte erinnern uns daran, dass aus gewalttätiger Sprache Gewalttaten folgen können. Deshalb genügt es nicht, die Auswüchse zu ahnden, wir müssen uns mit den Ursachen beschäftigen und die Prävention intensivieren“, so Präsidentin Linckh.

Eine weitere Forderung ist der zeitnahe Ausbau von Anlaufstellen für Menschen, die Opfer von Hass wurden.

Stuttgart, 17. Juli 2020